

Antrag der SPD AG 60 Plus für die Landeskonferenz der SPD am 10.12.2016:

Der Landesparteitag möge folgendem Antrag zustimmen und an das Beschlussgremium des Bundesparteitages zur Beratung und Beschlussfassung weiterleiten.

„Zur Parteireform.“

Um das Parteiprofil sichtbarer zu machen und zu schärfen, fordert der Landesvorstand der SPD 60 plus in Rheinland-Pfalz:

- die Arbeit in den Ortsvereinen und Parteigremien zu reformieren und personelle Angebote zu verstärken,
- die Ergebnisse dieser Arbeit deutlicher nach außen zu tragen, dazu:
 - eigene Konzepte aus wirtschaftlicher und sozialer Kompetenz überzeugend weiter zu entwickeln,
 - Zukunftsängste ernst zu nehmen und zu mindern,
 - populistischen Strömungen entschieden zu begegnen,
 - inhaltlich klar und glaubwürdig zu sein.

Begründung:

Eine um sich greifende Lähmung der Politik in Europa, im Bund, im Land und in den Kommunen verlangt andere und entschiedene Antworten. Die tief verunsicherte Basis steht vor Herausforderungen, die Digitalisierung, Globalisierung, demographischer Wandel und internationale Konflikte mit sich bringen. Engagement von Bürgerinnen und Bürgern erfolgt nur noch punktuell. Einflusslosigkeit, Teilhabelosigkeit, ja Sinnlosigkeit werden beklagt. Es hilft nicht, sich auf alte Ordnung und Übersichtlichkeit zu besinnen, die Zeit zurückdrehen zu wollen. Mobilität und Individualisierung haben lange bewahrte Milieus aufgelöst.

Eine Antwort, wie Zuversicht verbreitet, und Bürgerinnen und Bürger zu mehr Engagement bewegt werden können, hat Willy Brandt in seiner Regierungserklärung 1969 gegeben: **Mehr Demokratie wagen!**

Um die Arbeit in den Ortsvereinen und anderen Parteigremien zu reformieren, müssen wir als Mitglieder, die angesprochen werden können, präsent sein und aus unseren Erfahrungen und unserer Kompetenz Hilfen anbieten, die aufbauen, Aufmerksamkeit wecken, Engagement hervorrufen. Was die Angesprochenen bewegt, muss fachkundig diskutiert werden. - Wir brauchen Frauen und Männer, die vor Ort präsent sind. Sie müssen die Gesellschaft in ihrer Breite kennen und Perspektiven vertreten können, damit die SPD weiter als Volkspartei verstanden wird. Ohne eine breite Basis wird unser repräsentatives System nicht weiter bestehen können. - Für die Arbeitsgemeinschaften AfA, AsF, 60 plus und die Jusos brauchen wir auf allen Ebenen eine klare Abstimmung der Zusammenarbeit zu mehr gemeinsamem Auftreten, solidarischer Kritik und stärkerer Wirkung nach außen. Verbindungen zu gesellschaftlich aktiven Gewerkschaften, Verbänden und Vereinen sind aufzubauen und zu pflegen. Abzuwägen ist, wo am De-

legiertenprinzip festzuhalten und wo zur Mitgliederentscheidung überzugehen ist.

Informationen, die wir geben, müssen immer wieder und breit gestreut in Wort und Bild in die Medien fließen. Jüngere müssen wir in ihnen gemäßer Sprache erreichen. Ältere dürfen wir nicht überfordern.

Als Fortschritts- und Zukunftspartei sollen wir mit eigenen weitreichenden Konzepten in die Öffentlichkeit treten. Um als Partei des möglichen sozialen Aufstiegs und der sozialen Gleichheit und der Verteidigung von Arbeitnehmerrechten erkannt zu werden, treten wir dafür ein, dass die ökonomische Sicht nicht alleiniger Maßstab sein darf. Die Gesellschaft muss weitere Zukunftsentscheidungen treffen, und die globalisierte, digitale Wirtschaft muss reguliert werden. - Sozialvertrauen ist herzustellen durch mehr Anerkennung für soziale Berufe, gerechte Vermögensverteilung, Einbeziehung aller in die Solidargemeinschaft. - Es sollte der Mut zu Regierungen gefunden werden, die ihre Mehrheit über die Lösung von Sachfragen gewinnen. Ideen sollten mutig weiter verfolgt werden. Das statische Verharren, das eingetreten ist, muss durch Bewegung überwunden werden, mit der zu politischer Dynamik zurückgefunden wird.

Wir müssen die weit verbreiteten Ängste vor der Zukunft ernst nehmen und uns für deren Überwindung einsetzen. Wir wollen kein Abgehängtsein und Überlastetsein hinnehmen, das einem positiven Selbstbild entgegenläuft, sich in Nervosität, Gereiztheit, Ohnmacht äußert und in Verbitterung, Wut, Aggression umschlägt. Um Zukunftsängste abzubauen, setzen wir uns ein für die Älteren, die soziale Kontakte verlieren und vermissen, für die prekär Beschäftigten, die schlecht ausgebildet, gering bezahlt, ohne Aufstiegschancen, ohne kontinuierliches Auskommen, ohne schlagkräftige Vertretung und ohne soziale Sicherheit sind, für Kinder und Alleinerziehende. Wir wenden uns gegen Konkurrenz beim Wohnen und im Job, die aus Egoismus und Gewinnsucht kommt.

Mit populistischen Strömungen wie der AfD müssen wir uns mit Sachargumenten auseinandersetzen. Wir wissen, dass sich in unserer Gesellschaft Unsicherheit ausbreitet durch die anhaltende Entwicklung unterschiedlicher Lebensstile. Das tolerante offene pluralistische Zusammenleben wird in Frage gestellt. Regulierung und Kontrolle drohen, die Flexibilität einzuschränken. Dabei ist die Flüchtlingskrise nicht Ursache, sondern Auslöser. - Eine „deutsche Leitkultur“, die uns vermittelt werden soll, lehnen wir ab. Sie wendet sich gegen Zuwanderer und ebenso gegen Deutsche, die seit jeher in Parallelgesellschaften leben. Sie macht Vorgaben für die Lebensgestaltung und missachtet das Angebot individueller Freiheit. Unsere Leitkultur ist der soziale Rechtsstaat.

Wir wollen Ergebnisse unserer Arbeit, die solidarisch zu vertreten sind, in eine knappe und deutliche Form bringen, um die Adressaten sicher zu erreichen. Vertrauensbildung entsteht durch klare Sprache, die auch Misslungenes zugibt, durch Respekt und durch mehr Mut. Weiter bringen weder spektakuläre Aktionen noch kurzfristiges Engagement.

Mainz, den 07. 11. 2016

Günther Ramsauer
Vorsitzender